



## - Positionspapier -

Stand: 13. November 2012

### **Ausgangssituation, Standpunkt und Grundsätze**

Unser Rheingau-Taunus-Kreis ist für viele Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft Heimat geworden. Hier leben derzeit über 16.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Dazu kommen fast genauso viele deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund, was einem Gesamtanteil von rund 17 Prozent der Kreisbevölkerung entspricht (hessenweit 2012 rund 24 Prozent). Daher sind beiderseitige Bemühungen um eine gelingende Integration, die mit wechselseitiger Akzeptanz, Respekt und Toleranz gegenüber den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in allen Bereichen der Gesellschaft verbunden ist, auch in unserem Landkreis von Bedeutung. Wir verstehen unter Integration in Bezug auf Migration die Verständigung und den Interessenausgleich zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern<sup>1</sup> über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens<sup>2</sup>.

Wir fördern und fordern somit ein von gegenseitiger Wertschätzung geprägtes Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft.

Das bedeutet einerseits, dass sich die deutsche Gesellschaft öffnen, die Kultur und die Lebensweise von Migranten achten und sie als Bereicherung für die deutsche Gesellschaft begreifen muss. Wir wollen Migranten sowie Deutsche mit Migrationshintergrund eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Andererseits muss von den verschiedenen Migrantengruppen auch eine aktive Bereitschaft zur Annahme der Integrationsangebote, ob staatlich oder zivilgesellschaftlich/ehrenamtlich, erwartet werden. Dazu gehört in erster Linie die Anerkennung der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Grundgesetzes. Hierunter ist auch die Anerkennung der Rechte der Frau auf Bildung, Ausbildung, Berufsausübung oder die selbstbestimmte Auswahl der Lebensweise, sowie die Anerkennung und Akzeptanz homosexueller Partnerschaften und anderer Minderheiten zu fassen. Ebenso ist zu erwarten, dass die Migranten selbst besonderes Gewicht auf den Erwerb der deutschen Sprache als Grundvoraussetzung zur Integration legen, bei dem wir sie durch die Bereitstellung entsprechender Angebote bedarfsgerecht unterstützen.

Gerade auf der kommunalen Ebene werden die Weichen für eine gelungene Integration in die deutsche Gesellschaft gestellt. Die wichtigsten Handlungsfelder sind dabei: Bildung, Wohnen, Soziales, Kultur und Sport aber auch die innere Sicherheit. Migranten stellen eine außerordentliche Bereicherung für das gesellschaftliche Miteinander dar. Sie haben es verdient, die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen wahrnehmen zu können. Nur durch eine erfolgreiche Integration können abgeschottete ethnische oder kulturelle Parallelgesellschaften und damit Konflikte dauerhaft

---

<sup>1</sup> Im vorliegenden Positionspapier wird – ausnahmsweise – zur Verbesserung der Lesbarkeit auf das „gender-gerechte“ Anführen beider Geschlechter verzichtet. Beschwerden nimmt die AG-Leitung entgegen.

<sup>2</sup> Vgl. SPD-Landtagsfraktion Hessen, 2012: Integration für Hessen. 12 Punkte für Anerkennung und sozialem Zusammenhalt, S. 4.



verhindert bzw. gelöst werden. Daher wollen wir als SPD im Rheingau-Taunus-Kreis die Stadt- und Gemeindeentwicklung, die Wohnungspolitik und die sozialen und kulturellen Angebote in den Kommunen gemeinsam mit den Migranten so gestalten, dass hier Inklusion statt Segregation Realität bleibt.

### **Mama lernt Deutsch**

Seit 2006 gibt es einige Erfolge vorzuweisen. Wir als SPD haben uns zusammen mit unserem Landrat Burkhard Albers für den Ausbau der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten eingesetzt. Als große Errungenschaft sind an dieser Stelle vor allem Bildungsmaßnahmen wie „Mama lernt Deutsch“ zu nennen, in der insbesondere Migrantinnen durch die Verbesserung ihrer Sprachkompetenz einen Zugang zur deutschen Gesellschaft eröffnet bekommen. Auch gleichgerichtete Initiativen anderer Vereine und Bildungsträger wollen wir fördern. Dies ist von höchster Relevanz, da Frauen/Mütter mit Migrationshintergrund oftmals von doppelter Diskriminierung (als Frau und als Migrantin) betroffen sind. Daher ist es nötig, die Situation dieser Frauen zu verbessern, um die Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten.

### **Lernen vor Ort / Integrationslotsen / Stadtentwicklung**

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Initiative „Lernen vor Ort“, die die Bildungsregion Rheingau-Taunus positiv entwickeln möchte, in Idstein, Aarbergen, Geisenheim und Eltville das bereits nach kürzester Zeit außerordentlich erfolgreiche Projekt der Integrationslotsen gestartet. Im Rahmen der Maßnahme werden vor Ort lebende Migranten ehrenamtlich ausgebildet und besuchen hiernach ausländische Familien, um sie in Fragen der Bildung, Erziehungsverantwortung, Sprachentwicklung, Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie Arbeit und Gesundheit zu beraten und zu unterstützen. Auch die Begleitung bei Arzt- oder Amtsbesuchen als „Laiendolmetscher“ begrüßen wir sehr. Dieses Angebot wollen wir in noch weiteren Städten und Gemeinden im Rheingau und Untertaunus etablieren und auch deutsche Mitbürger als Lotsen gewinnen. Zusätzlich sollen ehrenamtlich tätige Vereine, die sich der in der Integrations-Beratung und -Betreuung engagieren, gestärkt und gefördert werden. Wir setzen uns für eine Fortführung der Finanzierung nach 2012 ein, auch um hiermit höhere Kosten an anderen Stellen (negative externe Effekte, unnötiger Verwaltungsaufwand etc.) einzusparen. Darüber hinaus streben wir eine Sensibilisierung der Verwaltungsbehörden für die Anforderungen und Belange der ehrenamtlich tätigen Lotsen ein: Die Aufgabenbereiche der ausgebildeten Lotsen müssen als beratende Begleitung auch innerhalb der kommunalen Verwaltungen weiter bekannt gemacht werden.

Daneben treten wir konsequent für die Entwicklung nachhaltiger Strategien der Integration im Wohnquartier als Bestandteil der Stadtentwicklung ein. Das Programm „soziale Stadt“ ist aus unserer Sicht somit auf Bundes- und Landesebene weiterhin mit ausreichenden Mitteln auszustatten. Zugleich sprechen wir uns entschieden für das kommunale Steuerungsprinzip durch den sozialen Wohnungsbau aus. Regelmäßig auftretende Forderungen nach Privatisierungen im kommunalen Wohnungsbau sehen wir dahingehend kritisch.

### **Politische Partizipation und Kommunalwahlrecht**

Wir werden uns auch weiterhin für den Ausbau der bisherigen Integrationsmaßnahmen im Rheingau-Taunus-Kreis einsetzen. Dabei steht für uns eines fest: Integration ausländischer Mitbürger stellt keine einseitige Verpflichtung dar. Von beiden Seiten wird Offenheit und der ehrliche Wille des Austauschs erwartet. Daher muss auch in Belangen der politischen Partizipation die Möglichkeit des Einbringens für alle Menschen ermöglicht werden, denn wer gleichberechtigt in Gesellschaft, Kommune und Staat mitbestimmen kann, wird auch umso eher bereit sein, Verantwortung zu übernehmen und aktiv



mitzugestalten. Deshalb treten wir entschieden für eine umfassende politische Beteiligung von Migranten auf allen kommunalpolitischen Ebenen in Form eines Kommunalwahlrechts für alle in den Städten und Gemeinden des Kreises lebenden Menschen ein. Solange ein solches Wahlrecht für Mitbürger, die nicht aus dem EU-Ausland kommen nicht besteht, fördern und unterstützen wir die Gründung und Tätigkeit von kommunalen Ausländer- bzw. Integrationsbeiräten. Diese sollen auch dann durch die Verwaltung der Städte und Gemeinden zur Gründung aufgerufen werden, wenn die Wahl nicht zwingend in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vorgeschrieben ist. Zudem sprechen wir uns klar für die Ausweitung der Kompetenzen dieser Beiräte aus – Soweit es im jeweiligen Ermessensspielraum der Gremien möglich ist, sollen sie auch Antrags- und Rederecht direkt in den Kommunalvertretungen eingeräumt bekommen. Ebenso ist die Beteiligung und Integration jugendlicher Mitbürger mit Migrationshintergrund an sozialen Projekten, Einrichtungen oder Beiräten wie beispielsweise den Kinder- und Jugendbeiräten entschieden zu fördern.

### **Interkulturelle Kompetenzen nutzen**

Um die Chancen einer breiten interkulturellen Kompetenz auch in den kommunalen Verwaltungen zu nutzen, sollen auch dort Migranten bei Einstellungen und der Ausbildungsplatzvergabe stärker als bisher berücksichtigt werden. Gerade auch in den Bereichen der Kinderbetreuung und Seniorenpflege werden interkulturelle Kompetenzen immer wichtiger und müssen auch entsprechend personell in den jeweiligen Einrichtungen abgebildet werden. Hier lebende Fachkräfte mit Migrationshintergrund stellen daher eine große Bereicherung dar.

### **Clearingbegleitung für aufenthaltsrechtliche Fragen**

Zur Klärung aufenthaltsrechtlicher Fragen streben wir die Erweiterung des Aufgabenspektrums der/des Integrationsbeauftragte/n um eine Clearing-Begleitung in Anlehnung an das Offenbacher Modell<sup>3</sup> an. Hierdurch sollen die individuellen Sachlagen im Zuge der gesetzlichen Verwaltungsverfahrensbeteiligung vorgebracht werden können und im Rahmen der etwaigen Ermessensspielräume berücksichtigt werden.

### **Sprachkurse und berufliche Weiterbildung**

Neben einem angemessenen Angebot an Sprachkursen, die stärker als bisher zielgruppenspezifisch beworben werden sollen, wollen wir auch ausländischen Existenzgründern und Selbstständigen helfen, bestehende Beratungs- und Förderungsangebote wahrzunehmen. Weiterbildung hat bei dem Integrationsprozess von erwachsenen Migranten eine Schlüsselrolle. Ihnen müssen deshalb bedürfnisgerechte Angebote unterbreitet werden, die ihre besonderen Fähigkeiten fördern. Hierzu sollen auch bereits bestehende Maßnahmen wie beispielsweise die Bildungsprämie des EU-Sozialfonds beworben werden.

### **Sprachkenntnisse in Kindergärten und Schulen**

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass in Kindergärten und Schulen die Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen fördernd begleitet wird. Nicht zuletzt kann hierdurch ein Anreiz zum Besuch von Kindergärten/-tagesstätten herbeigeführt werden. Wie Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zeigen,

---

<sup>3</sup> [http://www.kreis-offenbach.de/PDF/Clearingsstelle\\_f%C3%BCr\\_Fragen\\_zum\\_Aufenthaltsrecht\\_Flyer.PDF?ObjSvrID=1856&ObjID=989&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1339488082](http://www.kreis-offenbach.de/PDF/Clearingsstelle_f%C3%BCr_Fragen_zum_Aufenthaltsrecht_Flyer.PDF?ObjSvrID=1856&ObjID=989&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1339488082)



beträgt die Betreuungsquote der Kinder mit Migrationshintergrund derzeit nur 47 Prozent (deutsche 61 Prozent). Daher ist an dieser Stelle klarer Handlungsbedarf angezeigt. Hiervon bleibt die Anforderung an alle Altersstufen unbenommen, vorrangig die deutsche Sprache zu erlernen. Nur mit ehrlichen Bemühungen, die Sprache des neuen Heimatlandes zu beherrschen, ist eine dauerhafte Integration möglich.

An den (Grund-)Schulen des Kreises sollen Lehrer für die besondere Situation von Kindern mit Migrationshintergrund weiter sensibilisiert werden: Die Schulempfehlungen für das Kind im Kontext seiner ggf. nicht-deutschen Muttersprache soll ausschließlich an seinen schulischen Leistungen und nicht an den später zu erwartenden Hilfestellungen der Eltern bei Hausaufgaben oder Klausurvorbereitungen festgemacht werden. Daneben setzen wir uns für regelmäßige Informationsveranstaltungen ein, in denen Eltern ermuntert werden, an den Elternabenden teilzunehmen. Dort soll die hohe Relevanz der Abende für den schulischen Werdegang des Kindes vermittelt werden. Die Einrichtung eines Pools an ehrenamtlichen „Dolmetschern“ oder der Heranziehung so genannter bilingualer „Stadtteilveräter und -mütter“ kann hierfür zuträglich sein. Ebenso wollen wir prüfen, ob deren Einsatz nicht durch die Begleitung des jeweiligen Gemeindevorstands/Magistrats in Form eines Dezernats für Integration/Integrationsbeauftragte/r sinnvoll ergänzt werden kann. Erste Erfahrungen zum so genannten Sprachscreening/Sprachstandsermittlung zeigen, dass hierdurch schon sehr früh (im fünften Lebensjahr) eine Korrektur etwaiger sprachlicher Missstände ermöglicht wird. Zu dieser freiwilligen Maßnahme sollen auch Eltern mit Migrationshintergrund im Interesse ihrer Kinder über die Integrationslotsen und den Familienwegweiser des Kreises ermuntert werden. Wir setzen uns einerseits dafür ein, dass die Sprachstandsermittlung an den kommunalen Kindergärten/-tagesstätten im Rahmen der Konnexität von Seiten des Landes Hessen stärker finanziell unterstützt wird. Andererseits müssen auch die nachgelagerten Fördermaßnahmen ausgebaut werden und für die Eltern ohne eine finanzielle Mehrbelastung verbunden sein. Wir setzen uns für einen Ausbau der Sprachstandsermittlung an allen rund 125 Kindergärten/tagesstätten im Kreisgebiet ein.

### **Senioren-Coach-Kartei und Einbindung der Wirtschaft**

Jedes Jahr verlassen über 80.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Ein überdurchschnittlicher Teil dieser jungen Menschen weist einen nicht-deutschen Hintergrund auf. Auch im Rheingau-Taunus-Kreis besteht erheblicher Handlungsbedarf. Daher stärken wir den Wunsch nach einer „Senioren-Coach“-Kartei, die beim Regionalen Übergangsmanagement (RÜM) des Kreises angegliedert werden kann und es einerseits erfolgreichen Schulabgängern ermöglichen soll, von dem breiten Erfahrungswissen älterer Mitbürger für die eigene berufliche Entwicklung zu profitieren. Andererseits unterstützen wir die Bemühungen unseres Landrats Burkhard Albers, dass möglichst alle Jugendliche einen Schulabschluss und eine Ausbildungsperspektive (Domäne Neuhof) erhalten. Zusammen mit dem Landrat wollen wir im Zuge des „Bündnis für den Mittelstand“ dafür Sorge tragen, dass auch bei den Handwerkskammern bzw. der Kreishandwerkerschaft und der IHK und ihren Mitgliedern eine Sensibilisierung bzgl. der Einstellung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund weiter gefördert wird. Potenzielle Auszubildende sowie Mitarbeiter sollen ausschließlich anhand ihrer Qualifikation und Eignung und nicht anhand ihres (ggf. nicht-deutschen) Namens beurteilt werden.

### **Interkulturelle Woche**

Das Weltbild und der Umgang mit Fremden werden maßgeblich in der Kindheit und Jugend geprägt. Integrationsfördernde Maßnahmen in dieser Entwicklungsphase sind daher besonders wichtig. Bildung und Aufklärung über Kulturen und Religionen sind ein wesentlicher Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und Integration zu fördern. Daher streben wir die Einrichtung einer interkulturellen Woche/interkulturellen



Familienfests an, bei der an einem zentralen Ort im Kreis unter Federführung des Integrationsbeirates den unterschiedlichen Landsmannschaften und nationalen sowie ethnischen Gruppen, aber auch integrationsaktiven Vereinen und den Feuerwehrverbänden eine Möglichkeit zur Vorstellung und des Austauschs gegeben wird. Wir wollen darüber hinaus aber auch darauf hinwirken, dass Eltern mit Migrationshintergrund ermuntert werden, ihre Kinder ohne Bedenken in die hiesigen Vereinsstrukturen und Freundschaften mit deutschen Gleichaltrigen zu entlassen.

### **Vereinsarbeit / Förderung von Frauen / Feuerwehren**

Daneben wollen wir uns für die enge Einbindung der Vereinslandschaft in den Integrationsprozess einsetzen. Gemäß LBS-Kinderbarometer betrachten 27 Prozent der deutschen Kinder, aber nur 13 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund Sport als ihre Lieblingsbeschäftigung. Hier bedarf es gemeinsamer Anstrengungen, etwaige Einstiegshürden in die deutschen Vereinsstrukturen zu senken.

Vor allem auch die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund und ggf. deren gezielte Ausbildung zu Übungsleiterinnen soll im Rahmen der kommunalen Sportförderung unterstützt werden. Maßnahmen des Landessportbundes und des Sportkreises Untertaunus, insbesondere das Projekt „Start“, sollen im gesamten Rheingau-Taunus stärker in der Öffentlichkeit verankert werden und die starke Wirkung der Turn- und Sportvereine sowie der Freiwilligen Feuerwehren inkl. Jugendfeuerwehren als Motor der Integration weiter gefördert werden. Wie die ersten Erfahrungen zur Umsetzung des Projekts „start“ im Untertaunus gezeigt haben, besteht im Kreisgebiet ein großer Handlungsbedarf zur weiteren Bewerbung dieses Angebotes. Daher streben wir regelmäßige Absprachen mit den Vereinen, Sportkreisen und den Kreisfeuerwehrverbänden an. Gerade die Einbindung älterer Migranten in die hiesige Vereinslandschaft stellt eine wichtige Herausforderung dar.

Darüber hinaus wollen wir die finanziellen Grundlagen für die regelmäßige Durchführung sportausbildungsvorbereitender Sprachkurse sicherstellen.

Wir unterstützen ausdrücklich die Einrichtung und Ausweitung so genannter „interkultureller Frauenfrühstücke“ wie sie bereits in Idstein und Eltville angeboten werden. Im Rahmen solcher Treffen können sich Frauen/Mütter austauschen und an kulturellen/gesellschaftlichen Aktivitäten gemeinsam teilhaben.

Die Initiativen des Hessischen Landesfeuerwehrverbandes und der Hessischen Jugendfeuerwehr wie bspw. „Unsere Welt ist bunt“ und ihre Ausgestaltung im Rheingau und Untertaunus durch die beiden Kreisfeuerwehrverbände und Jugendfeuerwehrabteilungen begrüßen wir sehr. Aktive Integrationsarbeit der Wehren kann sich auch für die langfristige Personal-Sicherung der Einsatzabteilungen auszahlen. Hierbei dürfen die zeitlichen Belastungen der vielfach tätigen Ehrenamtlichen aber nicht übersehen werden. Auch ist zu berücksichtigen, dass gerade die deutschen Strukturen der Freiwilligen Feuerwehr in zahlreichen Kulturen nicht bekannt sind und dort der Brandschutz eher in paramilitärischen Organisationen sichergestellt wird. Daher wird sich die SPD zusammen mit Landrat Burkhard Albers dafür einsetzen, dass eine verwaltungsseitige Begleitung und Unterstützung der Verbände ermöglicht wird, um zusammen mit den örtlichen Ausländer- und Integrationsbeiräten Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung zu entwickeln und umzusetzen. Ein Ansatzpunkt ist dabei auch die mehrsprachige Information von Eltern, die hierdurch überzeugt werden sollen, ihre Kinder in die örtlichen Kinder- und Jugendfeuerwehren zu entlassen. Die Erörterung und Planung konkreter Vorhaben streben wir in einem gemeinsamen „Feuerwehrgipfel Integration“ des Rheingau-Taunus-Kreises an.



### **Städte- und Landkreispartnerschaften**

Im Bereich der vom Rheingau-Taunus-Kreis gepflegten Partnerschaften tritt die SPD für eine Belebung unserer bestehenden kommunalen Partnerschaften ein. Dabei wollen wir lebendige Kontakte entstehen lassen, die von den Begegnungen der Bürger leben und nicht allein oder in erster Linie von den Begegnungen der Funktionäre und Verwaltungen. Die SPD begrüßt die Aktivitäten des Landrates zum Ausbau dieser Partnerschaften im Rahmen der finanziellen bzw. haushalterischen Möglichkeiten des Kreises. Daneben wollen wir als SPD aktiv den Kontakt zu den verschiedenen Migrantenorganisationen wie Glaubensgemeinschaften oder organisierten Landsmannschaften suchen und den regelmäßigen Austausch vertiefen.

### **Kultursensibler Umgang mit Pflegebedürftigkeit**

Der Anteil der älteren Migranten nimmt kontinuierlich zu - Ende 2009 lebten bereits knapp 1,5 Millionen Migranten über 65 Jahren in Deutschland<sup>4</sup>. Ihre Zahl wird sich in den kommenden zehn Jahren auch im Rheingau-Taunus-Kreis fast verdoppeln. Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle Altenhilfeeinrichtungen interkulturell geöffnet werden, damit Migranten an den Angeboten der Einrichtungen entsprechend ihres kulturellen Hintergrundes teilhaben können. Denn die Entwicklung zeigt, dass immer weniger Kinder der auf Pflege angewiesenen Migranten bereit oder in der Lage sind, ihre Eltern zu pflegen. Als vorbildliches Beispiel für eine Pflegeeinrichtung, die sich auf kultursensible Pflege spezialisiert hat, ist das „Haus am Sandberg“ in Duisburg zu nennen.<sup>5</sup>

Pflegepersonal mit Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen muss verstärkt eingesetzt werden, damit eine insbesondere bei an Demenz und Alzheimer erkrankten Migranten kultursensible Pflege zum Regelfall wird. Die besondere Problematik: im Falle einer Demenzerkrankung ist eine Kommunikation häufig nur noch in der Muttersprache möglich, da die deutsche Sprache im Verlauf der Krankheit völlig vergessen wird.

Um eine eben solche kultursensible Pflege auch im Rheingau-Taunus-Kreis voranzutreiben und weiterzuentwickeln beziehungsweise flächen-/kreisdeckend zu ermöglichen ist eine eventuelle Kooperation mit der hervorragenden Initiative „HUFAD Rheingau“ anzustreben, die auch über die Landesgrenzen Hessens hinweg zu einem Vorzeigeprojekt geworden ist und dessen ehrenamtliches Personal bereits heute interkulturell aufgestellt ist.

### **Christlich-muslimische Friedhofskultur**

Besonders für muslimische Mitbürger stellt sich spätestens in höherem Alter die Frage des Beisetzungsorts nach ihrem Tode. In über 80 Prozent der Fälle findet eine Bestattung noch außerhalb Deutschlands statt, was auf die fehlende Bereitstellung oder Ermöglichung muslimischer Friedhöfe zurückzuführen ist. Eine emotionale Bindung an das neue Heimatland ist unter diesen Bedingungen nur schwer möglich, da bisher davon ausgegangen werden muss, nach dem Tod nicht nach den eigenen Vorstellungen hier begraben werden zu können. Daher setzen wir uns als SPD dafür ein, in engem Kontakt und Austausch mit den muslimischen Gemeinden im Rheingau und Untertaunus sowie der deutschen Gesellschaft Möglichkeiten

---

<sup>4</sup> Balikci, Asiye: Kultursensible Altenarbeit bei Migranten mit Demenz. Das Herz vergisst nicht. In: Pflegezeitschrift 2011, Jg.64, Heft 8, S. 468.

<sup>5</sup> Balikci, Asiye: Kultursensible Pflege am Lebensende. Eine zerstückelte Leber oder wenn die Seele am Boden liegt. In: Pflegezeitschrift 2011, Jg.63, Heft 12, S. 719.



der Einrichtung von muslimischen Begräbnisstätten im Kreisgebiet zu erörtern. Vorbild hierfür kann die Einrichtung einer solchen Begräbnisstätte im Limburger Land sein. Es bleibt festzuhalten, dass nicht nur in Nordrhein-Westfalen positive Beispiele wie der Kölner Westfriedhof gefunden werden können, auf dem seit den 1960er Jahren bereits ein muslimisches Gräberfeld (Eigenschaften: Leichentuchbeerdigung [Auch syrisch-orthodoxe Christen, Aramäer und Kopten verzichten auf eine Sargbeerdigung], Ausrichtung gen Mekka, rituelle Waschungen in speziellen Räumlichkeiten gegeben und institutionelle Totenruhe gewährleistet<sup>6</sup>), sondern auch in Hessen die ersten Voraussetzungen bereits geschaffen wurden, auch über das irdische Leben hinaus eine Bindung an das neue Heimatland und seiner „Heimaterde“ zu finden. Wir bedauern jedoch, dass die amtierende Landesregierung keine nennenswerte Änderung am Hessischen Friedhofs- und Bestattungsgesetz auf den Weg zu bringen vermag: Insbesondere die Sargpflicht bzw. die bisher schon bestehende Möglichkeit, den Sargdeckel kurz vor der Bestattung abnehmen zu lassen, genügen noch nicht den Pietätsanforderungen der o.g. Glaubensgruppen<sup>7</sup>.

### **Umfassendes Integrationskonzept als Kompass für die nächsten Jahre**

Um diese Forderungen in einen lebendigen Diskussions- und Austauschprozess einzugeben bzw. die Umsetzung der Bestrebungen zu begleiten, werden wir uns für die Erarbeitung eines umfassenden Integrationskonzeptes für den Rheingau-Taunus-Kreis einsetzen. Dieses soll unter Teilnahme aller kommunaler Ausländer- und Integrationsbeiräte, religiöser/kirchlicher und sozialer Verbände, des Landes-Ausländerbeirats sowie weiteren interessierten Bürgern durch den Integrationsbeirat des Kreises entwickelt werden und die bisherigen Maßnahmen in eine nachhaltige und zielgerichtete Struktur einbinden. Um auf Informationen über aktuelle Entwicklungen, Gesetzesänderungen und Positiv-Beispiele aus anderen Landkreisen zugreifen zu können, setzen wir uns für die Mitgliedschaft des Integrationsbeirats im Landes-Ausländerbeirat (agah) ein. Zusätzlich werden wir uns für die Erarbeitung einer umfassenden und stets aktuellen Auflistung integrationsrelevanter Organisationen, Projekte oder Initiativen auf Kreis- und Landesebene einsetzen. Diese soll in mehrsprachigen Ausführungen Eingang in die Wegweiser-Publikationen des Landkreises finden.

### **Fremdenfeindlichkeit**

Für uns steht grundsätzlich fest: Es ist gut, dass die große Mehrheit in unserem Land Intoleranz und Gewalt ablehnt. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Wir müssen offensiv gegen jede Form der Intoleranz eintreten. Leider ist nach wie vor festzustellen, dass aus konservativen Kreisen regelmäßig Ängste und Ressentiments geschürt werden, um dies für sich politisch zu instrumentalisieren. Fremdenfeindliche Sprüche, die Ausgrenzung Behinderter, die Diffamierung anderer Religionen und die auch nur verhaltene Zustimmung zu den Taten rechtsextremistischer Verbrecher dürfen von uns nicht hingenommen werden. Wir müssen dem überall entgegentreten, wo derartiges Verhalten offenbar wird. Eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen in den Gremien des Kreises wird von uns abgelehnt.

---

<sup>6</sup> Balikci, Asiye: Islamische Bestattung. In: Friedhofskultur, Juli 2011, S.21-24.

<sup>7</sup> „Immer mehr Muslime ruhen auf Hessens Friedhöfen“, Wiesbadener Kurier, 16.10.2010, S.11.